

„Was spricht gegen Plastikbäume?“

SPIEGEL-Redakteur Christoph Peck über Landschaftszerstörung (III und Schluß): Flurbereinigung

Bonns Landwirtschaftspolitiker und Bauernführer werden von einem kurios anmutenden neuen Bündnis attackiert: Landwirte und Naturschützer machen gemeinsam Front gegen Flurbereinigungsvorhaben – und damit gegen das Kernstück einer aberwitzigen Agrarpolitik, die Milliarden von Steuer-

geldern verschlingt, Arbeitsplätze vernichtet und Tier- wie Pflanzenarten ausrottet. Aufgebracht über diesen „Wahnsinn mit Methode“, greifen militanten Bauern zur Mistgabel, fordern Kritiker eine „planetarische Wende“ in der Agrarpolitik. Wissenschaftler prophezeien eine „grüne Gegenrevolution“ auf dem Lande.

Im württembergischen Boxberg nähten Hund und sticketen Landfrauen eine Fahne, wie sie in ihrer Heimat zuletzt im ausgehenden Mittelalter geschwungen worden war: ein weißes Tuch mit einem schwarzen Bundschuh.

Das Symboltextil, unter dem die Altvorderen einst in den Bauernkrieg gezogen waren, dient nicht folkloristischen Zwecken, sondern aktuellem Kampf. Württembergische Landwirte schwenkten die weiße Fahne, als sie, bewaffnet mit Morgenstern und Mistgabeln, Landvermesser von ihren Äckern verjagten, um ein „Verbrechen an unserer Heimat“ zu verhindern: Flurbereinigung zu Straßenbauzwecken.

Durch das ostwestfälische Rheda-Wiedenbrück rollten Dutzende von Trakto-

ren, an denen Transparente verkündeten: „Für meinen Betrieb keine Flurbereinigung“, denn: „Flurbereinigungsbehörden handeln nicht im Interesse der Landwirtschaft und der Landschaft.“

Im bayrischen Endlkirchen, im größten Saal des Landkreises Altötting, zürnten aufgebrachte Landleute gegen obrigkeitliche „Verbrechen“, die behördlichem „Größenwahn und sonst garnix“ entsprängen. Ein Lokalpolitiker wurde von seinen Kritikern bis auf die Toilette verfolgt und am Pissoir befragt, „zu was mia di gewählt ham“.

Die Notizen aus der Provinz künden von Protesten, die selten nur überregional Schlagzeilen machen, aber einen bundesweiten Trend markieren: Agrar-

politiker und -funktionäre sehen sich wie nie zuvor krasser Kritik aus den Reihen des Landvolks ausgesetzt.

Unter Westdeutschlands Landwirten – zwar nicht in den Spitzen ihrer Verbände, wohl aber an deren Basis – wächst Widerstand gegen ein Vorhaben, das angeblich nur zu ihrem Besten ist: die großflächige Neuordnung von Feld und Flur.

Umstritten ist nun, was wie kein anderer Eingriff während des letzten Dritteljahrhunderts das Gesicht der Republik verändert hat: Wie ein gewaltiger Hobel haben die Flurbereiner bereits die Hälfte des Agrarareals – insgesamt 56 Prozent der Bundesfläche – glattgezogen. Die andere Hälfte soll bis zum Jahr 2000 umgemodelt werden.



Weg vor, bei Ausbau
„Feldmark regelrecht verhunzt“



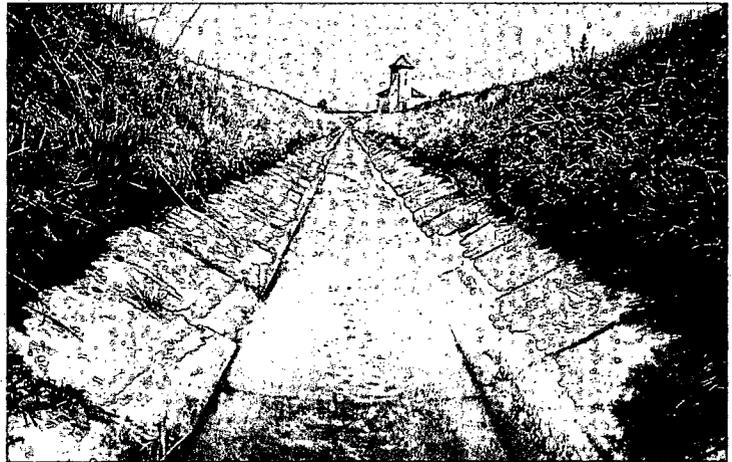
Eine aufgeblähte staatliche und halbstaatliche Bereinigungsbürokratie mit mehr als 8600 Bediensteten – vom Regierungsvermessungsamt bis zum Flurbereinigungsgerichtsbeisitzer – betreibt ständig 5000 Verfahren, die insgesamt 4,5 Millionen Hektar betreffen, fast die Fläche des Landes Niedersachsen. Alljährlich werden jeweils 300 Verfahren neu eingeleitet und abgeschlossen. Mit einem Aufwand von rund einer

Milliarde Mark pro Jahr, zu vier Fünfteln aus Steuermitteln, vollziehen die Ämter den Auftrag des 1953 verabschiedeten Flurbereinigungsgesetzes, Splitterbesitz zu maschinengerechten Großflächen zusammenzulegen, Neuland zu gewinnen und Flächen für öffentliche Projekte wie Straßen, Brücken oder Siedlungen zu sichern.

Die Halbzeit-Bilanz der westdeutschen Flurbereiner ist bombastisch:

Mit Lineal und rechtem Winkel, Baggern und Betonmischern wurden 90 000 Kilometer Wege durchs Land gezogen, schnurgerade, damit die gewaltigen Agrarmaschinen nicht ins Schleudern geraten. Die begrädigten Bäche und betonierten Flüsse messen insgesamt 40 000 Kilometer, soviel wie die Länge des Äquators. Jahrhundertalte Kulturland-

* Am Kaiserstuhl (l.), in Rheda-Wiedenbrück (r.).



Bach vor, nach Ausbau: „Buchhalterherzen schlagen höher“



Flurbereinigung (l.), Protest gegen Flurbereinigung* „Verbrechen an unserer Heimat“

schaften mit Feldgehölzen und Flußauen, Wildbächen und Obstwiesen, Waldinseln und Weinterrassen wurden allerorten „kansasiert“ – glattrasiert und nivelliert nach dem Vorbild des US-Staates Kansas, wo sich flurbereinigte Mais- und Weizenäcker bis zum Horizont dehnen und wo sich Fuchs und Hase schon vor Jahrzehnten gute Nacht gesagt haben, auf Nimmerwiedersehen.

Nun registrieren Funktionäre in den Landwirtschaftskammern wie auch im Deutschen Bauernverband des Freiherrn Heereman-Zuydwyck verblüfft, daß immer häufiger Teile ihres Anhangs den Aufstand gegen Flurbereinigungsbehörden und gegen die Agraroffizielnen proben.

In Lienen-Kattenvenne im Kreis Steinfurt stürzten Flurbereinigungsgegner den Vorstand ihres landwirtschaftlichen Ortsvereins. Im niedersächsischen Emlichheim beschlossen Landwirte einen Beitragsboykott gegen die Landwirtschaftskammer. Und in Meppen mußten Agrarbehörden Polizeibeamte mit chemischer Keule gegen bäuerlichen Protest zu Hilfe holen.

Widerhall finden solche Aktionen in einer verbandsunabhängigen Zeitschrift namens „Bauernblatt“, in der Heereman-Kritiker wie der Kasseler Dozent Götz Schmidt publizieren. Mit Parolen, wie sie sonst nur auf Anti-Atomkundgebungen laut werden, versucht das Oppositionsblatt, das Landvolk gegen die Agrarpolitik zu mobilisieren: „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ – das gelte, so Schmidt, „auch für Flurbereinigungen“.

Widerstand gegen Agrarbehörden gab es auch schon in den fünfziger Jahren. Doch während die Bauernproteste damals verebten, können die Flurbereinigungsgegner der achtziger Jahre – zum Schrecken ihrer Widersacher in Agrarministerien und -verbänden – auf einen mächtigen Verbündeten hoffen: die rund vier Millionen Anhänger zählende westdeutsche Umwelt- und Naturschutzbewegung.

Die Kritiker agieren so lautstark, daß die Agraroffizielnen sie schon nicht mehr übergehen können. „Bäuerliche Landwirtschaft und Umwelt“ lautete denn auch das zentrale Thema der diesjähri-



Bauernpräsident Heereman
Giftrüne Woche

gen Grünen Woche; international besetzte Arbeitsgruppen und Diskussionsforen erörterten Fragen wie „Umweltschutz, Naturschutz und Landwirtschaft“ oder „Ist der ökologische Landbau wirtschaftlich?“. Naturschützer hielten derweil eine Gegenveranstaltung ab, eine „Giftrüne Woche“.

Selbst Bundespräsident Karl Carstens greift neuerdings gegenüber Bauernvertretern die Kritik an der Flurbereinigung auf, durch die „viele Tier- und Pflanzenarten auf der Strecke“ blieben, und Ignaz Kiechle, der neue Agrarminister, sieht immerhin „Berührungspunkte“ mit den Ökologen. „Neue und völlig andere agrarpolitische Konflikte“, kommentiert die „FAZ“, „zeichnen sich ab.“

Kein Zweifel: Nicht länger können die grünen Honoratioren ihr jahrzehntealtes Standardrepertoire über die – unbestrittenen – Verdienste der westdeutschen Landwirtschaft abspulen, von der Versorgung der Verbraucher mit Kartoffeln und Kohlrabi, Frischfleisch und Vollmilch bis hin zum Beitrag im Kampf gegen den Welthunger. Nicht nur grüne Weltverbesserer und Reformhaus-Kunden fürchten, daß die konventionelle Wirtschaftsweise in ökonomische wie ökologische Sackgassen führt.



Bauernminister Kiechle
Grüngrüne Front



Bauernprotest in Boxberg*: Widerstand mit Morgenstern und Mistgabel

Das sich anbahnende grün-grüne „Bündnis von Bauern und Naturschützern“, triumphiert bereits das „Bauernblatt“, gebe „dem alten Widerstand der Bauern gegen die Flurbereinigung eine neue Kraft“ – und eines Tages womöglich Schwung genug, um zu bewirken, was Kritiker für längst überfällig halten: eine „planetarische Wende“ der Agrarpolitik, wie sie der Ex-CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl pro-

* Mit Bundschuh-Fahne.



Bereinigte Rebfluren in Baden-Württemberg: Statt Schluchten und Orchideenwiesen Betonplateaus von riesenhaften Dimensionen

pagiert, eine „grüne Gegenrevolution“, wie sie nach Ansicht des Münchner Politikwissenschaftlers Professor Peter Cornelius Mayer-Tasch auf dem Land not tate.

Politische Utopien? Immerhin haben grün-grüne Koalitionen von Naturschützern und aufmüpfigem Landvolk mancherorts, wenngleich von der Öffentlichkeit bislang kaum bemerkt, schon Erstaunliches bewirkt.

Im westfälischen Kreis Gütersloh verbündeten sich 73 Bauern erfolgreich mit der örtlichen „Gemeinschaft für Natur- und Umweltschutz“ gegen ein Flurbereinigungsprojekt. Im „Holzland“, einem hügeligen Grenzgebiet zwischen Ober- und Niederbayern, siegten Bauern und Naturschützer nach monatelangem „Holzlandkrieg“ („Süddeutsche Zeitung“) über den Münchner Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann (CSU), der ein geplantes Flurbereinigungsverfahren abblies. In Möhrendorf bei Erlangen paktieren Landwirte mit dem örtlichen „Bund Naturschutz“ gegen die Zerstörung einer idyllischen Heckenlandschaft.

Die Interessenlage von Öko-Streitern und vielen Landwirten ist weithin identisch:

▷ Tausende vor allem kleinerer und mittlerer Bauern sehen in der Flurbereinigung das Hauptinstrument einer Agrarpolitik, die den Trend zum agroindustriellen Großbetrieb be-

schleunigt, dem schon Hunderttausende von Familienbetrieben zum Opfer gefallen sind;

▷ Umwelt- und Naturschützer haben die Flurbereinigung als Hauptursache der galoppierenden Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten sowie der Zerstörung von Landschaftsräumen erkannt.

Als Ideal gilt westdeutschen Flurbereinigern nicht eine vom Feuchtgebiet bis zum Trockenrasen differenzierte Landschaft. Sie wünschen sich eine Wirtschaftsfläche, die zwangsläufig keinen Platz mehr für floristische und faunistische Vielfalt bietet: den „gut gedüngten mittelfeuchten Einheitsstandort von der Nordsee bis zum Alpenraum“, wie der bayrische Naturschützer Hubert Weiger sagt.

Weichen mußte den Flurbereinigern, was immer die Manövrierfähigkeit der tonnenschweren Mähdrescher, Rübenkopfrode- oder Kartoffelvollerntemaschinen minderte. Bergkuppen und Böschungen, Hecken und Hohlwege sind vielerorts verschwunden zugunsten von tristen, topfebenen Flächen, auf denen, so der Ökologe Hans-Joachim Mader, „eine hochgeschossene Rübe der höchste Punkt in der Landschaft ist“.

„Und also wird mit vieler Kunst / die Feldmark regelrecht verhunzt“ – was sich bereits vor Jahrzehnten anbahnte, als Hermann Löns die Folgen der „Verkoppelung“ beklagte, ist nun, von Nord bis Süd, weithin perfekt.

In Schleswig-Holstein fielen dem Trend zu möglichst großflächigen Manövergebieten für die Produktionsschlachten der Grünen Front 25 000 Kilometer Knicks, landestypische Wallhecken, zum Opfer. Auf den gehölzarmen Agrarsteppen trägt der Wind im späten Winter nun tonnenweise fruchtbare Krume davon.

Im Süden, zum Beispiel am Kaiserstuhl, schufen Rebflurbereiniger an Weinberghängen Kunstbauten von riesenhaften Dimensionen: Felsbänke und Landstufen, Schluchten und Vorsprünge, Schuttfluren und Orchideenwiesen – alles, was einmal den Reiz der Reblandschaft ausgemacht hat, aber den Maschineneinsatz störte, wich bis zu 60 Meter tiefen und 20 Meter hohen, nach innen geneigten Ingenieurbauwerken aus Beton.

Die Flurbereiniger, kritisiert der Münchner Ökologieprofessor Wolfgang Haber, verhielten sich allerorten wie jemand, der in einer barocken Kirche oder in einem Schloß den Stuck abschlägt, die Verzierungen vereinheitlicht und die Farbe normiere – nur um den Raum leichter bewirtschaften zu können. „Die in einem atemberaubenden Crescendo fortschreitende Veränderung“, sagt Flurbereinigungskritiker Mayer-Tasch, hinterlasse Land, das „allenfalls noch das Herz eines Buchhalters höherschlagen läßt“.

Die ästhetischen Einwände von Landschaftspflegern freilich nehmen sich leichtgewichtig aus neben dem Resümee,

das Biologen zur Halbzeit der westdeutschen Flurbereinigung ziehen. Obgleich nach einer Novelle aus dem Jahr 1976 auch die „Erfordernisse . . . des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ zu berücksichtigen sind, ist die Modernisierung der westdeutschen Landwirtschaft der Hauptverursacher eines Tier- und Pflanzenartenschwundes, dessen Tempo in der Geschichte der Evolution ohnegleichen ist.

Denn gerade diejenigen Lebensräume, auf die das Gros der bedrohten Arten spezialisiert ist, sind von den Flurbereinigungen ausgemerzt worden: nährstoffarme Moore und Gewässer, Trockenrasen und Feuchtwiesen, Feldgehölze und sogenannte Ackerwildkrautfluren.

Zwei Jahrzehnte, nachdem die Amerikanerin Rachel Carson mit ihrem Bestseller „Der stumme Frühling“ die Welt schockiert hat, bewahrheitet sich nun in der Bundesrepublik ein Teil ihrer Prognosen. 44 Prozent der Vögel, 33 Prozent der Schmetterlinge, 55 Prozent der Säugetiere, 34 Prozent der Fische, 58 Prozent der Lurche, 67 Prozent der Kriechtiere sind ausgestorben oder von Ausrottung bedroht.

Flurbereiniger-Vorbild Kansas: 95 Prozent aller Schmetterlingsarten dem Tode geweiht



„Die Landwirtschaft“, referiert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) den Erkenntnisstand der ökologischen Forschung, „trägt bei 520 der insgesamt 822 Pflanzenarten (63,3 Prozent) der Roten Liste für die Bundesrepublik Deutschland allein oder zusammen mit anderen Verursachern die Schuld für deren Rückgang.“

Dabei, so der BUND, „nimmt die Flurbereinigung zusammen mit den sie begleitenden Maßnahmen – zum Beispiel Beseitigung von Feldrainen und Gehölzen, Entwässerungen und Bachbegradigungen, Nutzungsänderungen – den ersten Rang ein: 339 oder 58,3 Prozent der bedrohten Arten gehen teilweise oder ganz auf ihr Konto“.

Noch 1975 waren in der Bundesrepublik rund 50 000 Biotop als höchst schutzwürdig kartiert worden. Mindestens 20 000 dieser Lebensräume erwiesen sich bereits im Sommer letzten Jahres als entweder ganz gestört oder so sehr geschädigt, daß sie den auf diese Standorte angewiesenen Tier- und Pflanzenarten keine Lebensgrundlage mehr bieten konnten.

Das scheint erst der Anfang vom Ende. „Wenn alle landwirtschaftlichen Be-

triebe voll modernisiert wären“, warnt Gerhard Olschowy, der frühere Leiter der Bonner Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie, „hätte dies das Verschwinden von 80 Prozent aller Vogelarten und rund 95 Prozent der Schmetterlingsarten zur Folge.“

Vielen Spaziergängern falle auf, meldet der BUND, „wieviel weniger bunt jetzt Wiesen, Waldränder und Feldraine im Frühling und im Sommer sind“ – kein Wunder. Unkrautbekämpfung mit der chemischen Sense, Kunstdüngung und Saatgutbehandlung haben dazu beigetragen, selbst jene Kräuter und Kleinsträucher stark zu dezimieren, die früher nahezu allgegenwärtig waren: Klatschmohn und Kornblume, Vergißmeinnicht und Ackerstiefmütterchen, Glockenblume und Heckenrose, Ginster und Thymian. Nur wenige, überall dieselben Arten behaupten sich, darunter Löwenzahn und die Gemeine Quecke.

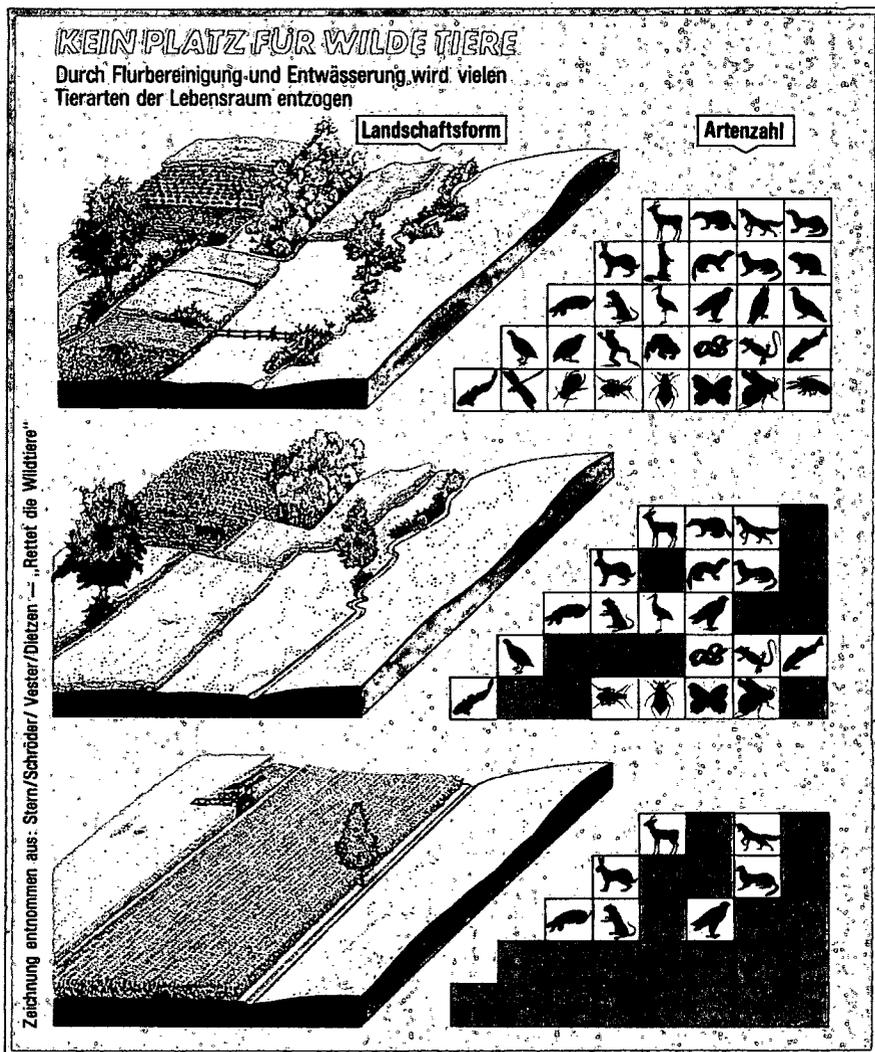
Wie sehr die Intensivierung der Landwirtschaft die Lebensmöglichkeiten mancher Tierart eingengt hat, summarisiert Professor Wolfgang Erz, Direktor des Bonner Instituts für Naturschutz und Tierökologie: „Allein 43 Prozent der Vogelarten verdanken es wesentlich der Entwässerung unserer Landschaft, daß sie auf die Rote Liste gekommen sind.“

Der Triel und die Großtrappe sind bereits zu Fabel-Vögeln geworden, weil es kaum mehr extensiv genutzte, gelegentlich brachliegende Ländereien gibt. Von den mehr als 7000 Tierarten der Feldgehölze und Knicks in Schleswig-Holstein verschwinden, so Erz, 1200 Arten schon „durch das Ausmähen der Ränder dieser Wallhecken oder durch deren Behandlung mit Pflanzenvernichtungsmitteln“.

Andere Untersuchungen zeitigten ähnlich dramatische Zahlen. In Niederbayern sank die Zahl der Rebhühner, nachdem ihnen dort Brut-, Nahrungs- und Deckungsmöglichkeiten in Hecken genommen worden waren, auf ein Viertel, die der Tagfalter ging auf ein Zwanzigstel zurück.

Biologisch verarmt sind auch die bereinigten und begradigten Gewässer. Obwohl der Wasserverbrauch ständig steigt, sind Wasserbauer, wie der Kasseler Biologe Herbert Zucchi kritisiert, absurderweise noch immer bemüht, „möglichst jeden Tropfen auf schnellstem Wege den Meeren zuzuführen“. In einem Bach im Sauerland lebten vor der Regulierung unter einem Quadratmeter Wasserfläche 3180 Wassertiere aus 486 Arten, nachher nur noch 450 Tiere aus 241 Arten. Rückläufig ist auch die Zahl der Pflanzenarten an den Ufern, im Emstal sank sie von 100 auf 40.

Nach einer Rebflurbereinigung in Baden-Württemberg registrierten Wissenschaftler im Weinberg eine um 30 Prozent verringerte Brutvogeldichte. Und wenn naturnahe Streuobstwiesen – in denen noch gefährdete Vögel wie Wiedehopf und Wendehals, Steinkauz und



Ortolan brüten – in Obstplantagen mit durchschnittlich 16 Spritzungen pro Jahr verwandelt werden, schrumpft die Zahl der Vogelarten auf ein Dreizehntel, die der Bienen auf ein Sechzehntel.

Solche Verluste bedrücken keineswegs nur Vogelliebhaber, Schmetterlings-sammler oder botanisierende Blumenfreunde, sondern auch Ökologen wie den Heidelberger Herbert W. Ludwig. Bei einem Symposium über „Ökologie und Flurbereinigung“ mahnte er, daß mit jedem Käfer, jedem Vogel und jeder Spinne, die ausstirbt, „das Netz der Natur, in dem auch der Mensch seinen Platz hat, um eine tragende Masche ärmer“ werde.

Ludwig: „Wir wissen nicht, welche und wie viele Maschen zerstört werden können, bevor das ganze Netz reißt. Wir wissen aber sicher, daß das Netz einmal reißt, wenn wir so weitermachen wie bisher.“

Mahner wie Ludwig werden, wie der bayrische Forstwirt und Naturschutzfunktionär Weiger weiß, von Politikern noch immer häufig „als Mondstüchtige, Kompostmystiker, Kräuterweibchen und Quacksalber lächerlich gemacht“. Der langjährige Agrarminister Josef Ertl pflegte zu höhnen, Naturschützer han-

delten „beinahe schon in einem religiösen Wahn“: „Wollen wir Kornblumen oder mehr Getreide ernten?“ Kiechles Staatssekretär Georg Gallus hält viele Kritiker schlicht für „Verrückte“.

Dabei ist in Wahrheit die herrschende Agrarpolitik an Irrationalität nicht zu überbieten. Denn so verheerend wie ihre ökologischen Folgen sind längst auch ihre ökonomischen Konsequenzen.

Die Bonner und Brüsseler Landwirtschaftspolitik, als deren Kernstück die Flurbereinigung forciert wird, erweist sich seit Jahren als ein gigantischer Schildbürgerstreich von Staats- und Verbandsbürokratien. Deren Spitzen mangelt es durchweg an der Fähigkeit, auf Veränderungen sozialer Rahmenbedingungen mit Kurskorrekturen zu reagieren.

Sämtliche Glaubenssätze, auf die sich die Brüsseler wie die Bonner Agrarpolitik gründet, haben sich mittlerweile als geradezu aberwitzige Fehleinschätzungen erwiesen.

Verfehlt war – Irrtum Nummer eins – die Annahme, Deutschlands Nährstand müsse auch noch die letzten Moore urbar machen, den letzten Bachlauf entbäumen, „jeden Quadratkilometer, jeden Hektar und jede Fläche im Stall“ nutzen,

so der Staatssekretär im hessischen Landwirtschaftsministerium, Jörg Jordan, um genügend Nahrungsmittel produzieren zu können.

Denn längst muß die EG jährlich 33 Milliarden Mark, rund zwei Drittel ihres Gesamtetats, für „Interventionsmaßnahmen“ aufwenden, vor allem, um den Auswirkungen der Überproduktion zu begegnen, um Butterberge und Obsthalden zu lagern oder zu vernichten.

Aks verhängnisvoll hat sich – Irrtum Nummer zwei – die Ansicht von Agrarwissenschaftlern erwiesen, die Landwirtschaft könne problemlos auf die Dreifelderwirtschaft vergangener Jahrhunderte verzichten, bei der sich der Boden von selbst regenerierte; die Bodenfruchtbarkeit werde sich, so früher die gängige Annahme, schon durch Einbringen von Kunstdünger wahren lassen.

Mittlerweile zeigt sich, wie fragwürdig es war, den Acker nicht als lebenden Organismus zu betrachten, sondern nur mehr als eine Art „Stützkorsett für die Pflanzen“ (Weiger), denen nach Art der Hydrokultur alle Nährstoffe künstlich zugeführt werden.

Ertragssteigerungen von 50 Prozent müssen, wie der Bayerische Bauernverband errechnete, mit einem Mehr an Düngeraufwand von 350 Prozent erkauft werden. Und die Preise für Düngemittel, die mit hohem Verbrauch von Opec-Energien produziert werden, steigen.

Von Jahr zu Jahr deutlicher zeigen sich zudem die Auswirkungen üppiger Kunstdüngung auf das Grund- und Trinkwasser, das durch Nitrat-Aus-schwemmungen in vielen Orten der Bundesrepublik bereits so stark belastet ist, daß es nicht für die Zubereitung von Säuglingsnahrung verwendet werden darf (SPIEGEL 25/1982).

Mehr noch: Handelsüblicher Phosphordünger, der zwischen 8 und 34 Milligramm Cadmium pro Kilogramm enthält, trägt auch dazu bei, daß sich das giftige Schwermetall in den Nieren Zehntausender von Bundesbürgern zu bedrohlichen Konzentrationen anreichert (SPIEGEL 48/1981).

Falsch war auch – Irrtum Nummer drei – das Vertrauen in andere Segnungen der Chemie: Jahrelang galt als unumstritten, daß sich etwa die Vernichtung von Feldgehölzen mit ihren insektenvertilgenden Vogelbeständen durch Insektizide ausgleichen lasse.

Alljährlich rieseln nun auf die Agrarsteppen der Bundesrepublik 40 000 Tonnen Gifte, bald ein Kilo pro Kopf der Bevölkerung – mit gespenstischem Effekt: Mäusegifte rotten zwar nicht die Spitzmaus aus, wohl aber mancherorts, wie letztes Jahr am Bodensee, den Mäusebussard und andere Mäusevertilger. Das wiederum veranlaßt viele Bauern, den Gifteinsatz noch zu verstärken.

Die Landwirte werden so zu den Fixern der Nation, und ihre Sucht zeugt

ständig neues Begehren: Herbizide merzen zwar sogenannte Unkräuter an Heckenrändern und Wegrainen aus, vernichten aber zugleich die natürliche Nahrungsgrundlage beispielsweise von Weichwanzen-Arten, die daraufhin erst zu Schädlingen an Kulturpflanzen werden.

Zusätzlicher Einsatz von Insektiziden ist abermals die Folge – was wiederum bewirkt, daß die Gefahr von Rückständen in Nahrungsmitteln steigt und genetische Monster heranwachsen: Bereits 370 Insekten- und Milbenarten sind gegen Chemiegifte immun.

Fatale Umweltfolgen hat auch – vierter Irrtum der Modernisierer – die These bewirkt, nicht dem bäuerlichen Mischbetrieb, der zugleich Ackerbau und Viehzucht betreibt, gebühre die Zukunft, sondern einem hochspezialisierten Agrarbusiness, das sich entweder nur der Massentierhaltung widmet oder aber Großflächen mit ertragreichen, wenn auch oft anfälligen Neuzüchtungen bewirtschaftet.

Mit den Mischbetrieben schwindet nun eine Wirtschaftsweise, die mit wenig Energie auskam und obendrein keinerlei Abfälle erzeugte, die nicht über Jauchetank, Mist- oder Komposthaufen dem Produktionskreislauf zugeführt werden konnten.

Millionen Hektoliter Gülle, ein Gemisch aus Tierharn und -kot, versuchen in den Hochburgen der Massentierhaltung wie im niedersächsischen Emsland die Gewässer. Nutztierfutter,



Stuttgarter Nachrichten

„Hat schon jemand solche Tomaten gesehen?“

früher im familiären Mischbetrieb erzeugt, wird nun importiert, auf Kosten der Agrarstruktur in den Hungerstaaten.

Tierkrankheiten schließlich, für die Industrie-Hühner, -Schweine und -Rinder besonders anfällig sind, müssen mit wachsendem Medikamentenaufwand bekämpft werden – was die Gefahr giftiger Rückstände im Kotelett oder in der Hühnerkeule weiter erhöht.

In eine Sackgasse hat schließlich – Irrtum Nummer fünf – auch die Grundüberzeugung der staatlichen Agrarplaner geführt: der in der Zeit der Hochkonjunktur, der Überbeschäftigung und des Geburtenknicks gewachsene Glaube, die knapp gewordene menschliche Arbeitskraft müsse und könne dank unbegrenzt verfügbarer Energie durch Maschinen ersetzt werden.

Daß mittlerweile das glatte Gegenteil zutrifft, daß nicht Arbeitskräfte rar sind, wohl aber Energie und Rohstoffe knapper und teurer werden, ist zwar durch den Ölshock und angesichts von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen ins Massenbewußtsein gedrungen. Die schwerfällige Agrarpolitik jedoch, verstrickt in ein Netzwerk internationaler Abkommen und bürokratischer Zwänge, macht weiter, als sei nichts geschehen.

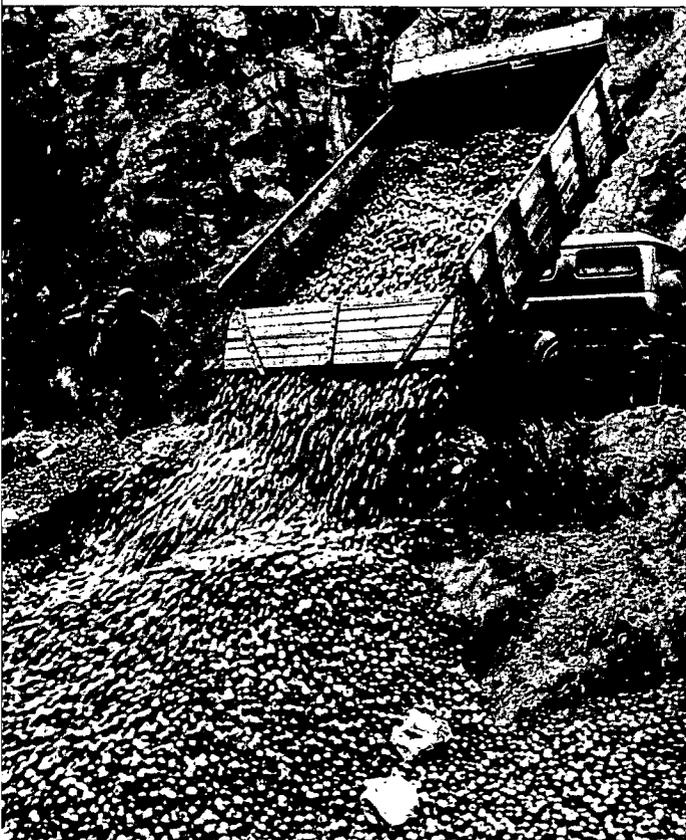
In den vergangenen drei Jahrzehnten ist die Hälfte der bäuerlichen Betriebe (1949: 1,6 Millionen) in der Bundesrepublik durch Brüsseler Marktordnungen und Bonner Subventionspolitik bereits in den Ruin getrieben worden. Etwa 300 000 der jetzt noch knapp 800 000 Betriebe werden spätestens in den neunziger Jahren dichtmachen müssen, wenn sich die Brüsseler und die Bonner Subventionspolitik nicht wandeln. Allein in Bayern müßten fast 400 000 von 550 000 Vollarbeitskräften aus der Landwirtschaft weichen.

Schon wird in der Pfalz eine Hühnerfarm mit einer Viertelmillion Hennen geplant. Sollte das Projekt genehmigt werden und das Beispiel Schule machen, warnte unlängst die „Süddeutsche Zeitung“, würde die Bundesrepublik eines Tages mit weniger als 200 Hühnerhaltern auskommen. Wenn dazu noch jeder Schweinezüchter, so wie Verbandspräsident Heereman, rund tausend Tiere im Stall hätte, würde es bundesweit auf diesem Sektor nur noch 8000 Betriebe geben – statt der gegenwärtig 400 000 Höfe mit Schweinestall.

Gegen das „Bauernsterben ohne Ende“ (Bund Naturschutz) setzten sich, neben Öko-Verbänden und der Bauernopposition, bislang nur politische Außenseiter wie die Ex-SPD-Genossin Petra Kelly oder der Ex-CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl zur Wehr.

Während die Bonner Agrarpolitik wie auch die mit Großbauern besetzten Verbandsspitzen in erster Linie die Interessen der agrarindustriellen Wachstumsbetriebe vertreten, meint Gruhl, es sei eine Illusion zu glauben, für zum Abwandern gezwungene Landleute ließen sich eine Million oder mehr neue Arbeitsplätze schaffen.

Bislang, argumentiert der Öko-Autor, habe die Wirtschaft nach dem Prinzip gehandelt, „den Menschen als teuersten Produktionsfaktor einzusparen und durch billige Energie und automatische



EG-Tomatenvernichtung*: „Wahnsinn mit Methode“

* Auf der Kanalinsel Guernsey.

**„Mein zweitbestes
Pferd im Stall:
Dextro Energen.“**

Hugo Simon



Mit Konzentration bis zum letzten Hindernis, so hat Springreiter Hugo Simon so manchen Parcours mit Bravour gemeistert – bis hin zur Weltmeisterschaft. Und natürlich mit seinen Pferden, seinem Pferdeverstand und nicht zuletzt mit Energie. Energie, wie sie Dextro Energen gibt. Denn Dextrose geht sofort ins Blut und schützt die körpereigenen Reserven. Dextro Energen schafft so Voraussetzungen für mehr Energie, Spannkraft und Leistungsvermögen. Für viele von uns. Tag für Tag.

Dextro Energen.

Deutschlands Energiepaket Nr. 1*.



Dextro Energen ist das meistverkaufte Dextrose-Komprimat.

Maschinen zu ersetzen“. Nach Gruhls „planetarischer Wende“ jedoch müsse „Rationalisieren“ künftig etwas ganz anderes heißen:

Man wird unter Rationalisierung verstehen, die Energie und die Maschine, die ja ebenfalls aus Rohstoffen mittels Energie hergestellt wird, wieder weitgehend durch die Arbeitskraft des Menschen zu ersetzen, mit anderen Worten, Energie und Rohstoffe einzusparen.

Die Landwirtschaft wird wieder preiswerte Arbeitskräfte bekommen. Diese werden die Landwirtschaft in die Lage versetzen, die Nutzung der Energiequellen wieder zu pflegen, die nach wie vor kostenlos zur Verfügung stehen: die Sonnenenergie in allen ihren Erscheinungsformen, das echte Wachstum der Pflanzen und der Tiere, wodurch immer wieder kostenlos organisches Material produziert wird.

Also: Nicht die einmaligen Stoffe dieser Erde forciert aufbrauchen, sondern von den erneuerbaren leben. Die Bestände müssen gepflegt werden. Die Nachhaltigkeit der Bodenbewirtschaftung wird – wie in der Forstwirtschaft – zum obersten Grundsatz erhoben werden müssen.

Gleichwohl zielt die Agrarpolitik weiterhin auf Existenzvernichtung. Denn die Brüsseler Preisgarantien begünstigen, so Politologe Mayer-Tasch, „die rentabel produzierenden und daher auch sehr produktiven Groß- und Mittelbetriebe in sehr viel stärkerem Maße als die weniger rentabel produzierenden und daher auch weniger produktiven Kleinbetriebe“.

Resultat dieser Politik ist ein drastisches Einkommensgefälle: Die Durchschnittsgewinne im oberen Viertel der westdeutschen Vollerwerbsbetriebe liegen laut Agrarbericht 1981 um das Siebenfache über den Durchschnittsgewinnen im unteren Viertel.

Daß sich bäuerlicher Widerstand gegen die Bonner Politik ausgerechnet an Flurbereinigungsvorhaben entzündet, nimmt nicht wunder. Denn anders als 1718, als der für Hannover zuständige britische König Georg I. eine erste Verkoppelungsverordnung unterzeichnete, dienen die Verfahren längst nicht mehr nur dem Ziel, Splitterflächen zusammenzulegen, sondern ausdrücklich auch der Beschleunigung des Schrumpfprozesses in der Landwirtschaft. In einer vom Bonner Agrarministerium herausgegebenen Schrift zum Flurbereinigungs-gesetz steht klipp und klar:

Die Flurbereinigung beschleunigt die Entwicklung zum größeren Betrieb... Die Inhaber nicht entwicklungsfähiger Betriebe erhalten durch die Einbeziehung in ein Flurbereinigungsverfahren den Anstoß, ihre Situation gründlich zu überdenken oder eine längst geplante Lösung aus der hauptberuflichen Landwirtschaft zu realisieren.

Und immer häufiger, in Bayern bereits in 60 Prozent aller Fälle, ordnen die Behörden Flurbereinigungen an, die wenig oder nichts mit den ursprünglichen Zielen zu tun haben. Seit einer Gesetzesnovellierung im Jahre 1976 kann eine Flurbereinigung, neben der „Förderung der Produktivität“, auch dem Zweck

dienen, Staat und Gemeinden zu ermöglichen, sich ohne lästige Bürgerbeteiligung Areale für Verkehrsstrassen und Siedlungsgebiete zu sichern.

Ob beim Bau von Autobahnen oder des Rhein-Main-Donau-Kanals, bei Bergbau- oder Flughafenprojekten, bei der Planung von Talsperren oder, wie im württembergischen Boxberg, von Rennstrecken – die Verkoppelungsämter sind stets mit von der Partie.

Angeblich wird bereinigt, um den Landverlust durch flächenfressende Großprojekte auszugleichen. Oft aber wollen die Behörden auf diese Weise „viele und mühsame Enteignungsverfahren“ vermeiden und „mit einem Schlag an das Land“ herankommen („Bauernblatt“).

„Die Flurbereinigung“, schrieb erobert der fränkische Bauer Richard Husslein an das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“, „wird nicht mehr, wie es früher war, für den Bauern gemacht, sondern ist der einfachste Weg, um für den öffentlichen Bedarf billiges Land anzuweisen, auf Kosten der Landwirtschaft.“

Der Zorn der Betroffenen schwillt an, wenn sich – beispielsweise in Gebieten, die schon zum zweiten- oder drittenmal flurbereinigt werden – der Verdacht einstellt, dem Agraramt gehe es „in erster Linie um Arbeitsplätze für Planer“, wie der westfälische Landwirt Heinrich Darming schimpft.

Doch bei solchen verbalen Protesten bleibt es häufig. Im Flurbereinigungsverfahren sind die Bauern nahezu rechtlos der Willkür der Agrarbürokraten ausgesetzt – aufgrund von Gesetzesklauseln, die als Relikt aus NS-Zeiten überdauert haben.

Während beispielsweise nach altem badischem Recht Flurbereinigungen nur eingeleitet werden durften, wenn zwei Drittel der Eigentümer (Gesetz von 1856) oder die Mehrheit (Gesetz von 1886) das verlangten, strichen die Nationalsozialisten die Zustimmung der Betroffenen ganz. Die „Reichsumlegungsordnung“ von 1937 sah lediglich eine „Anordnung durch das Amt“ vor – und dabei ist es seither geblieben. „Einer Zustimmung oder Abstimmung der Beteiligten bedarf es nicht“, entschied 1968 das Bundesverwaltungsgericht.

Ein Landwirt, der Einwände gegen ein Verfahren hat, kann vors Flurbereinigungsgericht gehen. Doch dieses Gericht ist, einzigartig im westdeutschen Rechtswesen, in der Regel nichts anderes als der verlängerte Arm der Flurbereinigungsbehörden.

Besetzt ist das Gericht mit zwei hauptamtlichen und drei ehrenamtlichen Richtern. Ein hauptamtlicher Richter und ein nebenamtlicher Richter müssen mindestens drei Jahre bei der Flurbereinigungsbehörde im höheren Dienst gearbeitet haben, stammen also aus der Behörde, über die sie Gericht halten sollen. Der zweite hauptamtliche Richter

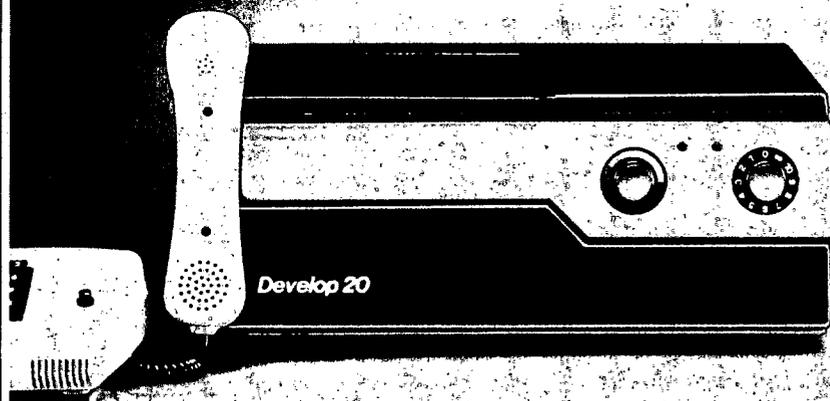
Develop

Develop 20. Der einfachste und kleinste Normalkopierer am Arbeitsplatz.

Vollautomatisch 12 Kopien pro Minute, Sofortkopie – keine Vorwärmzeit, Vorwahl, keine ständigen Laufgeräusche – keine Hitze – kein Geruch, von jedermann sofort problemlos zu bedienen, weitgehend service- und wartungsfrei, komplett in Deutschland entwickelt und produziert. Überall beim guten Fachhandel.

Ausführliche Informationen von
Develop, Dieselstraße 8, 7016 Gerlingen 1
Telefon (07156) 308-0, Telex 7-245215 delo

Österreich: BCS, 1150 Wien, Matthias Schönerergasse 11,
Telefon 922608
Schweiz: Fritz Schumacher AG, 8038 Zürich, Frohalpstrasse 27,
Telefon 4828181



kommt meistens ebenfalls aus der Agrarbehörden-Laufbahn. Die beiden übrigen Richter müssen Bauern sein; ernannt werden sie von der Landwirtschaftskammer, und die ist fast immer für die Flurbereinigung.

„Damit wird“, urteilt Flurbereinigungskritiker Götz Schmidt, „gegen eines der grundlegenden Prinzipien des Grundgesetzes verstoßen: die Unabhängigkeit der Richter und die Trennung der Gewalten.“

Ohnehin hat ein Landwirt nur die Möglichkeit, gegen einzelne, ihn direkt betreffende Punkte zu klagen. Das Verfahren selbst kann er nicht durch Gerichtsbeschluss stoppen lassen.

Erfolgsversprechend, predigt Schmidt landauf, landab den Bauern, sei mithin nur, „an die Öffentlichkeit zu gehen, Bündnispartner zu suchen und entschiedenen Widerstand zu leisten“, etwa nach dem Vorbild der Bundschuh-Bauern in Boxberg: „Das ist die einzige Sprache, die die Herren verstehen.“

Die Herren in den Ämtern reagieren auf das Schreckgespenst einer Verbrüderung von Bauern und Naturschützern seit einiger Zeit mit einer Doppelstrategie. Dem Landvolk gegenüber zeigen sich die Beamten nun häufiger mal gesprächsbereit: „Die Leine“, räumt Schmidt ein, „ist lockerer und länger heute“ – wenngleich das Amt im Konfliktfall weiterhin „am längeren Hebel“ sitze.

Den Naturschützern präsentieren sich die Agrarbeamten neuerdings gern als Patentgrüne. „Paradiese von Menschenhand“, brüstet sich Franz-Josef Lillotte, Präsident des Agraramtes Münster, seien dank der Flurbereinigung im westfälischen Saerbeck und auch nebenan in Lengerich-Ost geschaffen worden. Seine

Leute hätten kilometerlang Hecken an- und umgepflanzt, Kopfweiden, wo sie störten, nicht etwa gefällt, sondern sorgsam umgesetzt und sogar eine Straße umgeleitet, nur damit ein Habicht weiterhin ungestört am alten Platz horsten kann.

Ob in Ahlersbach (20 Hektar Feuchtbiotop für Orchideen) oder Amerbach (23 Hektar Vogelschutzgebiet), in Köthel (Teiche für Schwarzstörche) oder in Kating (Aufforstung), Traben-Trarbach (Schutz seltener Orchideen) oder Tonnenheide (Erhaltung eines Moores) – allerorten scheinen die Flurbereiner plötzlich bemüht, nicht mehr zu roden, sondern zu retten.

„Der Flurbereinigungsingenieur“, verlautbart das bayrische Landwirtschaftsministerium, sei „ein Naturschützer der Praxis, der sich von theoretisierenden Naturschützern nicht herabsetzen lassen muß“.

Diese neue Rolle, findet Hans Otto Bäumer, Landwirtschafts- und Umweltminister in Düsseldorf, komme auch im Flurbereinigungsgesetz zum Ausdruck: „Naturschutz und Landschaftspflege“ seien danach „nicht nur Faktoren für die Neuordnung der Feldflur, die lediglich am Rande berücksichtigt werden sollen“, sondern „gleichrangige Ziele, die im Flurbereinigungsverfahren zu verwirklichen sind“.

Bäumer sieht schon ein „neues Selbstverständnis der Flurbereinigung“, dem er freilich, ähnlich wie sein Stuttgarter Kollege Gerhard Weiser, durch einen Runderlaß erst kräftig nachhelfen mußte. Den Bäumer-Erlaß werteten auch nordrhein-westfälische Naturschützer als „Schritt nach vorn“ und „für andere Bundesländer vorbildlich“. In dem Papier stehen Sätze wie:

▷ „Die Flurbereinigungsbehörden haben . . . für die Erhaltung oder Wiederherstellung eines ausgewogenen

Naturhaushalts sowie für die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft zu sorgen“;

▷ „die Flurbereinigung ist derart durchzuführen, daß wertvolle Biotope und wertvolle Einzelschöpfungen der Natur nicht beseitigt oder beeinträchtigt werden“;

▷ „durch geeignete Grenzziehung ist darauf hinzuwirken, daß möglichst viele Landschaftselemente erhalten bleiben und Anreize zu ihrer Beseitigung vermieden werden.“

In ihrer Öffentlichkeitsarbeit zumindest haben sich die Behörden den Forderungen des Naturschutzes nahtlos angepaßt. Die Einsaat von Weißklee, die Anlage eines Amphibientümpels, der Bau eines Holzbohlenweges zum Schutz eines Naturdenkmals – das alles wird vierfarbig und auf Glanzpapier festgehalten.

So lautstark tönen viele Politiker nun über den naturschützerischen Auftrag der Flurbereinigungsbehörden, daß Bayerns Landwirtschaftsminister Eisenmann schon befand: „Von manchen landwirtschaftlichen Verbänden wird der Vorwurf laut, die Flurbereinigung sei nicht mehr für sie da und nur noch für den Naturschutz.“

Tatsächlich nutzen Verbandsfunktionäre bisweilen die Naturschutzdiskussion, um ihre Mitglieder gegen die Öko-Streiter zu mobilisieren, die Freiherr von Heereman gern als Leute verhöhnt, „die an jeden Kuhschwanz einen Paragrafen hängen wollen“. Den Verbandsoberen gehen die Einwirkungsmöglichkeiten des Naturschutzes längst zu weit. Sie sprechen von „kalter Enteignung“; Naturschutz, also eine Aufgabe der Allgemeinheit, solle, so argwöhnen sie, allein auf dem Rücken der Landwirte durchgesetzt werden.

Doch so laut auch das Wehgeschrei der Verbände und die Propagandatrom-

* Am Mäusegift „Endrin“ eingegangene Vögel aus dem Bodensee-Raum.



Pestizid-Einsatz, Pestizid-Opfer*: Jedes Jahr ein Kilo Gift pro Kopf





Batterlehühner: Eine Viertelmillion Hennen in einem Stall?



Freilandhühner: Zuschüsse für Mistkratzer?

meln der Ministerien tönen – geändert hat sich an der Praxis der Flurbereinigung nur wenig, mancherorts gar nichts.

„Allzu großer Optimismus“, urteilt der BUND, „wäre verfrüht.“ Was nun mit dem Etikett „umweltfreundliche Flurbereinigung“ angepriesen werde, sei „nichts anderes als der Versuch einer Gratwanderung zwischen verfehlter umweltzerstörender Agrarpolitik und geschärftem Umweltbewußtsein der Öffentlichkeit“.

Alles in allem machen die 1980 für landespflegerische Zwecke – Naturschutz im weitesten Sinne – bereitgestellten Areale lediglich 0,32 Prozent der gesamten Flurbereinigungsfläche aus, winzige Inseln inmitten riesiger intensiv bewirtschafteter Flächen. In Niedersachsen wurden 1981 gerade 376 von insge-

samt 25 800 Hektar Land als schutzwürdige Biotop ausgewiesen, sage und schreibe 1,45 Prozent.

Was am Ende eines Verfahrens als „Biotopzelle“ bleibe, kommentierte das Fachblatt „Natur und Umwelt“, sei „für den Naturschutz zuviel zum Sterben und zuwenig zum Leben“.

Häufig, kritisiert der Fachautor Max Amberg in seinem Buch „Naturschutz – die große Lüge“, gingen Flurbereiniger mit dem Grünbestand um „wie mit einem Dekorelement der Innenarchitektur“: Hier ein grüner Längsriegel, dort ein Querriegel, zwischendurch, in den Zwickeln von Feldwegkreuzungen, die anders ohnehin nicht zu nutzen sind, die „obligatorischen kleinen Baumgruppen, deren Artenmischung sich nach bewährtem Rezept in gleicher Form x-mal wiederholt“.

Wo die Fluringenieure früher in planerisch-technischer Beschränktheit Flora und Fauna brutal ausräumten, da gestalten sie nun vielfach in unbekümmertem Planungshochmut die Landschaft neu – und zerschlagen oft erst einmal gewachsene Strukturen, um dann, bar ökologischer Kenntnisse, am Reißbrett konzipierte Biotop anzulegen. Die bessern dann zwar die Statistik auf, sind aber kaum mehr als grüne Alibis.

Trotz solcher Fehlleistungen ist den Flurbereinigern mit ihrem neuen Öko-Kurs eines gründlich gelungen – die Naturschutzverbände in einen Strategie-Streit zu stürzen:

- ▷ Die einen wollen nun mit den Agrarbehörden paktieren, um die Schaffung von Naturschutz-Inseln auch gegen den Widerstand der als unbelehrbar eingeschätzten Bauern durchzusetzen;
- ▷ die anderen dagegen wollen sich verstärkt mit den Flurbereinigern unter den Klein- und Junglandwirten gegen die Behörden verbünden, um für einen ökologisch orientierten Landbau zu kämpfen, der gar keine Flurbereinigung erfordere.

Diejenigen, die ihre Hoffnung eher auf die Beamten als auf die Bauern setzen, argumentieren, es gebe schließlich viele Beispiele gelungener Flurbereinigung.

Das Ehinger Ried in Baden-Württemberg etwa wurde auf einer Fläche von 20 Hektar als nicht mehr landwirtschaftlich zu bewirtschaften ausgewiesen. Die Flurbereinigungsbehörde legte vier Teiche an, Naturschützer bauten eine Steilwandinsel für den Eisvogel, ein Bach durfte wieder krumme Touren machen. Bald schon stellten sich Wasserpflanzen ein, gleich im ersten Jahr begann der Zwergtaucher zu brüten. Mittlerweile betreuen Naturschützer, denen das Flurbereinigungsamt den „Nießbrauch“ des Ehinger Rieds zusprach, dort Reiher, Störche, Zwergdommeln und Rohrsänger.

Auch im bayrischen Bad Windsheim zeigte sich, daß Flurbereinigung die Landschaft mitunter bereichert: Die Behörde gab 25 Prozent der Verfahrenskosten für Landespflege aus, ließ Amphibienlaichgewässer ausbaggern und Obstwiesen erhalten, damit dort der Steinkauz weiterhin hausen kann.

Radikale Naturschützer, etwa im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), lehnen solches „Blumentopf-Management“ ab. Sie spotten über den konservativen, nur aufs Konservieren von Restflächen bedachten Naturschutz, „der sich mit wenigen Naturdenkmälern abspesen läßt, während gleichzeitig die Natur in immer größerem Maßstab verwüestet wird“. Notwendig sei, so der BBU, „eine Landbewirtschaftung, vor der die Natur nicht mehr geschützt werden muß“.

Abhilfe, meint „Bauernblatt“-Autor Schmidt, lasse sich erreichen, wenn kriti-

sche Landwirte und Naturschützer stärker kooperierten. Ein Naturschutz dagegen, den die Bauern nur in Form des amtlichen Landschaftsplanes erlebten, treibe sie in die Arme ihrer „falschen Freunde“, der großen Agrarunternehmer, und verkleisterte den tiefen Riß, der quer durch die Landwirtschaft gehe.

Die Voraussetzungen für ein breiteres Bündnis zwischen Landwirten und Naturschützern scheinen gar nicht so schlecht. „Wo immer zum Beispiel Bauern mit den Naturschützern selber sprachen und sich nicht mehr auf die auch vom Bauernverband ausgestreuten Gerüchte verließen“, meldet das „Bauernblatt“, „da haben die Bauern bemerkt, daß die Naturschützer nicht alles ‚Verrückte‘ sind.“

Naturschützer wie der bayrische Agrarexperte Weiger beschwören gar nicht ihre Anhänger, nicht länger „pauschal auf die Landwirtschaft“ einzudreschen, sondern zu begreifen, daß es in den Reihen der Bauern viele potentielle Mitstreiter für eine Re-Ökologisierung des Landbaus gebe – beispielsweise in unabhängigen Gruppen wie dem Verein für Agrarwirtschaft e. V., dem Arbeitskreis Junger Landwirte oder in der Katholischen Landjugend.

Weigers Verband verlangt – in Übereinstimmung mit Bauern, die nicht zum Agrobusiness zählen und nicht von der Strukturförderung profitieren – eine „Umkehr der Agrarpolitik insgesamt“. Der BUND fordert Schutz und Hilfe für die naturnah, also extensiv wirtschaftenden Kleinbauern, die andernfalls, wie Hunderte von Pflanzen- und Tierarten, auf die Rote Liste gesetzt werden müßten.

Damit einher geht die Forderung, „dem biologischen Landbau eine echte Chance zu geben“. Bund, Länder und Gemeinden müßten Naturschutzfonds für den Ankauf von Flächen einrichten. Mit Hilfe eines Öko-Landschaftsplanes seien zudem die Felder (zur Zeit im Durchschnitt 16 Hektar groß) auf allenfalls zehn Hektar pro Schlag zu begrenzen, statt sie, wie Agrarplaner vorhaben, auf 50 Hektar zu vergrößern. „Alle 300 bis 400 Meter“, fordert Ökologie-Professor Haber, „sollte das Land eine andere Kultur tragen.“

„Es geht nicht darum“, erklärt BUND-Vorsitzender Gerhard Thielcke, „von heute auf morgen den biologischen Landbau zu verwirklichen. Es geht um

einen Mittelweg. Unsere Alternative bedeutet Zurückgreifen auf Solides, Bewährtes. Das beginnt bei der Sortenwahl, bei Fruchtfolgen, Bodenbearbeitung und Humuspflanze und endet bei der Reduzierung von Chemieeinsatz, dem Schutz der Nützlinge, der Erhaltung der Artenvielfalt.“

Die „Rückkehr zum bäuerlichen Familienbetrieb“, in der auch Agrarkritiker Mayer-Tasch die einzig zukunfts-trächtige Alternative zum derzeitigen „Wahnsinn mit Methode“ sieht, setze allerdings eine radikale Umkehr der Brüsseler wie der Bonner Landwirtschaftspolitik voraus.

„Nicht mehr legitimierbar“, so Mayer-Tasch, „sind alle die überkommene Überschubproduktion steigenden Subventionen sowie jene Subventionen, die



Frankfurter Allgemeine Zeitung

umwelt- und energiepolitisch bedenkliche Auswirkungen haben. Voll legitimierbar sind hingegen personen- oder flächengebundene Bewirtschaftungszuschüsse, sofern sie an entsprechende ökologische Auflagen geknüpft sind.“

Förderungswürdig wären in Mayer-Taschs grünem Ökotoxia beispielsweise die Haltung von „Mistkratzern“ statt Batterieuhnern, der Selbstanbau der für den Betrieb benötigten Futtermittel sowie der teilweise oder vollständige Verzicht auf Agrarchemikalien.

Mayer-Tasch sieht in der Bundesrepublik den „geistigen Boden“ für die von ihm verfochtene grüne Gegenrevolution schon „bis zu einem gewissen Grade vorbereitet“.

So wie Kernenergie oder Rüstung nach Jahrzehnten der Bürgerapathie jäh zum Politikum wurden, könne die Agrarkritik schon bald populär werden.

Das Unbehagen vieler Verbraucher an Fließbänder und Fabrikbrot werde ebenso wie die Sorge um die Erhaltung der Kulturlandschaft als „Triebkraft der Erneuerung“ wirken.

Die ökonomische Basis für eine grüne Wende ist offenbar schon jetzt tragfähig. Nach einer Vergleichsstudie des Stuttgarter Agrarministeriums können die meist niedrigeren Erträge und höheren Arbeitskosten von Öko-Betrieben durch niedrigere Ausgaben für Technik, Energie und Chemie sowie durch höhere Erzeugerpreise zum Teil mehr als wettgemacht werden.

Vertriebsprobleme scheinen lösbar. In nahezu jeder westdeutschen Großstadt haben sich bereits Grüppchen zusammengefunden, die Fleisch, Gemüse, Eier, Käse und Milch von Öko-Bauern auf dem Lande herbeischaffen. „Würde es mehr alternativ produzierende landwirtschaftliche Betriebe geben“, meint Mayer-Tasch, könnte sich dieses Verteilernetz „in einer Kettenreaktion immer weiter verdichten“.

An potentiellen Kunden mangelt es nicht: Nach Umfrageergebnissen befürworteten 93 Prozent der westdeutschen Hausfrauen den biologischen Anbau von Obst und Gemüse. Und immerhin ein Drittel der Befragten ist bereit, einen Mehrpreis für chemiefrei produzierte Nahrungsmittel zu zahlen.

Der Gegenwert ist unbezahlbar. Bayerns Naturschutzbund-Vorsitzender Hubert Weinzierl jedenfalls glaubt:

„Ein jedes Stiefmütterchen, das wir vor der Herbizidspritze bewahrt haben, ist ein Stückchen Weg zurück ins Paradies.“

Ende

Eine erweiterte Fassung der SPIEGEL-Serie „Was spricht gegen Plastikbäume?“ ist – neben Reports über die Zerstörung ausgewählter Regionen von der Nordseeküste bis zu den Alpen – Bestandteil des jetzt erschienenen, von Jochen Bölsche herausgegebenen SPIEGEL-BUCHES „Die deutsche Landschaft stirbt – Zerschnitten, zersiedelt, zerstört“, das auch Analysen der Ursachen des Naturverbrauchs, Texte vieler Autoren von Hermann Löns bis Bertolt Brecht sowie Stellungnahmen von Experten und Fachverbänden, 30 Abbildungen, ein Literatur- und ein Anschriftenverzeichnis enthält (Rowohlt Verlag, Reinbek; 336 Seiten; 18 Mark).